

Datenschutzinformationen **gemäß § 82 SGB X, Art. 13, 14 DSGVO**

Wir verarbeiten im Zusammenhang mit unserem Beratungsangebot personenbezogene Daten von Ihnen bzw. Ihrem Kind. Nachfolgend möchten wir Sie über den Inhalt und Umfang der Datenverarbeitung in unserer Einrichtung informieren.

Verantwortlich für die Datenverarbeitung:

Jugendsozialarbeit an der Astrid-Lindgren-Grundschule Helmstadt
Steiner Weg 1
97264 Helmstadt
093699841422

Datenschutzbeauftragter:

Christian Volkmer, Projekt 29 GmbH & Co. KG, Ostengasse 14, 93047 Regensburg, Telefon: 0941 29 86 93 0, Fax: 0941 29 86 93 16, E-Mail: anfragen@projekt29.de

Art und Zweck der Datenverarbeitung, Kategorien der verarbeiteten Daten:

Bei der Jugendsozialarbeit an Schulen handelt es sich um eine Jugendamtsleistung nach SGB VIII, die von der Schule in Kooperation mit dem Träger (also AWO Bezirksverband Unterfranken e.V.) und ggf. mit der Gemeinde (falls dies ein zusätzlicher Kostenträger ist) angeboten wird.

In den Beratungsleistungen erheben und verarbeiten wir diejenigen personenbezogene Daten, die Sie bzw. Ihr Kind uns zur Verfügung stellen. Ferner verarbeiten wir diejenigen Daten, die wir von Lehrkräften oder anderen Stellen erhalten (z.B. Jugendamt, Ärzte, Therapeuten).

Insbesondere folgende Datenkategorien werden von uns verarbeitet:

- vom Kind/Jugendliche: Namen, Klasse, Adress-/ und Kontaktdaten
- von Eltern/Personensorgeberechtigte/Angehörige (z.B. Geschwister):
- Namen, Adress-/ und Kontaktdaten, Geburtsdatum und –ort, Staatsangehörigkeit
- von Lehrkräften: Namen
- von Ansprechpartnern bei anderen Stellen bzw. weiteren Fachkräften:
- Namen, Adress-/ und Kontaktdaten

jeweils soweit dies zur Erbringung der Beratungsleistungen erforderlich ist,

Vom Kind/Jugendlichen verarbeiten wir auch besondere personenbezogene Daten, soweit diese für die fachgerechte Beratungsleistung erforderlich sind, nämlich: Gesundheitsdaten, Konfession, Nationalität, Migrationshintergrund, Leistung-/Verhalten.

Die Erhebung und Verarbeitung dieser Daten erfolgt zu folgenden Zwecken:

- Durchführung der Beratungsleistungen als Leistung der staatlichen Jugendhilfe gem. SGB VIII,
- Führen der Fallakte zur Dokumentation der Beratungsleistung im Falle einer Einzelberatung (mit Einwilligung),
- Dokumentation einer Beratung in einer Not- und Konfliktlage gem. § 8 Abs. 3 S. 1 SGB VIII,
- Anfertigung von kurzen Notizen über sog. „Tür- und Angelgespräche“,
- Erstellung der jährlichen, anonymisierten Leistungsstatistik für das Jugendamt (dient der Abrechnung)
- Erstellen von angeforderten Stellungnahmen für z.B. Jugendamt, Kinder- und Jugendpsychiatrie

Die Teilnahme an der Beratungsleistung und Ihre Angaben sind freiwillig. Wenn Sie keine oder keine vollständigen Angaben machen, kann Sie die Einrichtung aber möglicherweise nicht unterstützen.

Datenempfänger:

Zugriff auf Ihre Daten haben nur diejenigen Mitarbeiter*innen, die diese zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten benötigen. Hierzu gehören die Jugendsozialarbeiterin der Einrichtung sowie Mitarbeiter*innen aus der Verwaltung. Auch Mitarbeiter*innen unseres Trägers, von dem wir zentrale Dienste in Anspruch nehmen (z.B. IT, Buchhaltung, Gebäudemanagement), können Kenntnis von Daten erhalten, sofern dies im Rahmen der Tätigkeit unumgänglich ist. Dies gilt ebenfalls für externe Wartungsfirmen für Software und IT.

Datenempfänger können sein: Jugendamt, Lehrkräfte an der Schule, MSD (Mobiler sonderpädagogischer Dienst), weitere Fachstellen z.B. Ärzte, Therapeuten, Psychologen. Diese Stellen erhalten Daten nur im jeweils erforderlichen Umfang. Soweit eine Datenweitergabe an die genannten Stellen nicht auf gesetzlicher Grundlage erfolgt, holen wir zuvor Ihre Einwilligung ein.

Grundsätzlich werden von uns keine Daten an ein Drittland übermittelt.

Speicherdauer:

Die erhobenen personenbezogenen Daten werden so lange gespeichert, solange sie für die Durchführung des Beratungsprozesses durch die JaS-Fachkraft benötigt werden. Nach Beendigung des Beratungsprozesses werden die Daten daher in der Regel gelöscht. Da es sich um eine Leistung der Jugendhilfe auf Grundlage des § 13 Abs. 1 SGB VIII handelt, sind wir verpflichtet, die Daten 5 Jahre lang aufzubewahren.

Eine Löschung erfolgt nicht, sofern und solange wir nach Art. 6 Abs. 1 S. lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind, Sie in eine darüberhinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben oder die Vertrags- bzw. Beratungsdokumentation zur Wahrung eines berechtigtes Interesses am Rechtenachweis aufgrund von Verjährungsfristen nach Art. 6 Abs. 1 S. lit. c DSGVO erforderlich ist.

Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung:

Die Datenverarbeitung beruht auf Art. 6 I lit. a DSGVO, i.V.m. § 67b Abs. 2 SGB X, wenn Sie uns Ihre Einwilligung zu der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten für einen oder mehrere bestimmte Zwecke gegeben haben.

Die Verarbeitung beruht auf Art. 6 I lit. b DSGVO, wenn die Verarbeitung zur Erfüllung eines Vertrages dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, erforderlich wird. Dies gilt auch bei vorvertraglichen Maßnahmen, die auf Anfrage der betroffenen Person erfolgen.

Die Verarbeitung beruht auf Art. 6 I lit. c DSGVO, wenn die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, der wir unterliegen, erforderlich ist (z.B. aus Sozialgesetzbuch, Handelsgesetzbuch).

Die Verarbeitung beruht auf Art. 6 I lit. d DSGVO, wenn die Verarbeitung zum Schutz lebenswichtiger Interessen der betroffenen Person oder einer anderen natürlichen Person erforderlich ist.

Die Verarbeitung beruht auf Art. 6 I lit. f DSGVO, wenn die Verarbeitung zur Wahrung der berechtigten Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten erforderlich ist, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen.

Ihre Rechte:

Sie haben das Recht, bei uns Auskunft hinsichtlich der über Sie gespeicherten Daten zu verlangen.

Sollten Ihre personenbezogenen Daten unrichtig oder unvollständig sein, haben Sie ein Recht auf Berichtigung und Ergänzung.

Bei Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen können Sie eine Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten verlangen oder der Verarbeitung gänzlich widersprechen.

Sie können jederzeit die Löschung Ihrer Daten verlangen, sofern wir nicht rechtlich zur weiteren Verarbeitung Ihrer Daten verpflichtet sind.

Sie haben das Recht, eine Einwilligung, die auf Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe a DSGVO bzw. Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO beruht, jederzeit, mit Wirkung für die Zukunft, zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruht, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen.

Hinweis: Die Jugendhilfe ist eine persönliche Sozialleistung. Wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, hat die Pflicht, bei der Ausführung der Leistung mitzuwirken (Mitwirkungspflicht). Ein Widerruf Ihrer Einwilligung kann daher wegen fehlender Mitwirkung zu einer Einschränkung oder Beendigung der Hilfeleistungen führen.

Sind Sie der Meinung, dass wir bei der Verarbeitung Ihrer Daten gegen deutsches oder europäisches Datenschutzrecht verstoßen, so bitten wir Sie, mit uns Kontakt aufzunehmen, um Fragen aufklären zu können. Sie haben selbstverständlich auch das Recht, sich an die für Sie zuständige Aufsichtsbehörde, das jeweilige Landesamt für Datenschutzaufsicht, zu wenden.

Fragen und Anliegen zum Datenschutz können Sie gerne an unseren Datenschutzbeauftragten stellen.